

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 67. Sitzung vom 17. Juni 2010 zum Thema: Änderung des Flächennutzungsplans für den B-Plan 1-64 (Mauerpark)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Mauerpark ist ein Projekt von stadtpolitischer Bedeutung und hat eine tiefe historische Dimension. An einem Ort, an dem 1989 Mauer und Stacheldraht gestanden haben, wo Ost und West geteilt gewesen sind, da soll ein Park entstehen. Ein Ort der Begegnung für Ost und West, für Jung und Alt, für Menschen aus nah und fern. Seit mehr als 15 Jahren soll dieser Park fertiggestellt werden. Es gab 1994 einen Wettbewerb, damals ist er in der Größenordnung von 14 ha aufgezeichnet worden. Er liegt zum Teil in Pankow, im Ortsteil Prenzlauer Berg und zur anderen Hälfte in Mitte im Ortsteil Wedding. Er ist aber nur halb fertig geworden, und zwar deshalb, weil Grundstücksfragen nicht geklärt werden konnten, weil niemand dafür Geld ausgeben wollte, auch im Weddinger Teil diesen Park fertig zu stellen.

Der aktuelle Koalitionsvertrag von Rot-Rot besagt, es handele sich um ein wichtiges Zukunftsprojekt, das umgesetzt werden müsse. Sie wissen alle, dass nächstes Jahr die Wahl ansteht und die Legislaturperiode vorbei ist. Ich habe das Gefühl, die Koalition schafft es nicht mehr bis dahin.

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Na klar!]

Andreas Otto

– Wir werden sehen, Herr Brauer!

Der Senat hat die Aufgabe an den Bezirk Mitte delegiert. Der Bezirk Mitte – dafür nicht mit Geld ausgestattet – sollte dafür sorgen, dass die Grundstücke, auf denen sich heute noch ein Gewerbegebiet befindet, irgendwie zu Parkgrundstücken werden, irgendwie in einen Park verwandelt werden können. Der Bezirk musste sich Gedanken darüber machen, was er dafür tut. Der Bezirk hat einen Kompromissprozess – so nenne ich es einmal – eingeleitet und gesagt: Wir versuchen es und sprechen mit dem Eigentümer, der Vivico, und versuchen, ein paar Grundstücke zu bekommen, um den Park auf Weddinger Gebiet fertigzustellen. Im Gegenzug hat die Vivico an anderen Stellen ein Baurecht verlangt. Jetzt ist die Frage, wie handelt man so etwas aus. Ist es überhaupt gut, so etwas auszuhandeln, und wenn ja, um welche Größenordnung geht es da, und – dieser Punkt hängt mit unserem Antrag zusammen – wie handhabt man dies planungs-rechtlich sauber, ohne dass der Eindruck entsteht, es werde gemauschelt?

Eine Befassung mit dem Flächennutzungsplan ist dem Abgeordnetenhaus, dem Senat vorbehalten. Das kann der Bezirk nicht selbstständig machen. Wir sind der Überzeugung, dass in diesem Fall, in dem in dem bislang geltenden Flächennutzungsplan Grünflächen eingezeichnet sind, wo bisher nichts gebaut werden darf, man nicht umhin kommt, den Flächennutzungsplan zu ändern, wenn man dort etwas bauen will. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zum einen sind dies politische. Es gibt ein hohes öffentliches Interesse an dem Vorgang. Im letzten Jahr hat es Demonstrationen gegeben – Sie wissen das. Es gab eine Reihe von Veranstaltungen, Bürgerinitiativen, die sich seit Jahren mit dem Thema befassen, haben sich an das Bezirksamt und die Fraktionen im Abgeordnetenhaus gewandt. Es gibt eine Initiative, die Geld sammelt, um dort selbst Grundstücke zu erwerben. Sie wissen, es gibt ein unheimlich großes öffentliches Interesse. Das können wir nicht so einfach übergehen!

[Beifall bei den Grünen]

Das reicht natürlich nicht, um den Flächennutzungsplan zu ändern. Dafür sind andere Aspekte wichtig. Das sind letztlich die rechtlichen Gründe. Wir werden uns im Ausschuss für Stadtentwicklung damit beschäftigen müssen. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass wir davon überzeugt sind – und so wie ich es gestern der „Berliner Zeitung“ entnommen habe, auch der Vorsitzende des Ausschusses –, dass man den Flächennutzungsplan anfassen muss. Die vom Senat veröffentlichten Ausführungsvorschriften besagen: Wenn ich auf einem grün gezeichneten Stück im Flächennutzungsplan etwas ändern und dort bauen will, etwas, was über Bestandserhaltung hinausgeht, dann muss ich den Flächennutzungsplan anfassen. Darüber hinaus muss man bei allem, das größer ist als 3 Hektar, ebenfalls tätig werden. Beide Kriterien sind erfüllt. Auch wenn Sie, Herr Gaebler, den Kopf schütteln, wir sind dieser Auffassung. Ich glaube, dass sich diese Auffassung hier im Haus durchsetzen wird. Deshalb bitte ich Sie, unseren Antrag in den Ausschüssen wohlwollend zu diskutieren und den Senat aufzufordern, auf jeden Fall tätig zu werden, den Flächennutzungsplan zu ändern und für ein geordnetes Verfahren zu sorgen. An dieser Stelle mit dieser Bedeutung sollte nicht der Eindruck entstehen, es werde gemauschelt. Wir brauchen ein ordentliches und transparentes Verfahren. – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen]